

Nebräer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamentell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Altem.

Nr 66

Donnerstag, den 2. Juni 1932.

45. Jahrgang

v. Papen beauftragt

Berlin, 1. Juni.
Der Herr Reichspräsident hat den früheren Zentrumsgesandten v. Papen mit der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration beauftragt.
Herr v. Papen wurde am 29. Oktober 1929 in Weimar in Weissenhof geboren und folgte die Offizierslaufbahn ein. Nach dem Krieg nahm er seinen Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Weissenhof-Nord in den Reichstag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gehörte. Von Papen ist Mitgliedsratsvorsitzender des Zentrumsvorstands „Germania“.
Die voraussichtliche Ministerliste.
Herr von Papen beauftragt die einzelnen Ministerien wie folgt zu bezeichnen:
Inneres: Freiherr von Gagl.
Aeußeres: Wolfharter von Neurath.
Reichswehr: General von Scheidter.
Wirtschaft: Professor Warmbold.
Justiz: Doel.
Finanz: Schmidt (Allianz).
Arbeit: Dr. Goerdeler.
Landwirtschaft: von Linnig.
Post: Schögel.
Von Papen wird im Laufe des heutigen Tages die Herren empfangen und die Frage an sie richten, ob sie zur Übernahme* der Ministerien bereit sind. Unbestimmt werden demnach die Ausschüsse für das Kabinett werden demnächst fertiggestellt. Die Haltung der Nationalsozialisten ist noch unklar, man nimmt aber an, daß sie es bis zur Neuwahl tolerieren werden.

Die Haltung der Parteien

Abschluß der Gespräche beim Reichspräsidenten.
Die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem kommenden Kabinett auf der vom Reichspräsidenten angelegten Grundlage kann durch gekennzeichnet werden, daß die Partei an der geplanten Neubildung uninteressiert ist. Das nationalsozialistische Ziel sind nach wie vor möglichst baldige Neuwahlen im Reich.
Die Nationalsozialisten würden aber je nach dem, wie die Regierungsbildung ausfällt, das neue Kabinett unter Umständen vorläufig tolerieren.
Die Haltung des Zentrums ist nach dem Ausscheiden Brüning's, der sich an der Neubildung des Kabinetts auf keinen Fall beteiligen wird, zwar nicht direkt absehend; es will seine Haltung von der Person des Kanzlers abhängig machen.
Die Möglichkeit von baldigen Neuwahlen rief bei dieser Haltung der Parteien aber Härten in den Vordergrund.
Auch die Deutschnationalen dürften ihre Haltung von der Person des kommenden Kanzlers abhängig machen. Die kleineren rechtsorientierten Ministerien, soweit ihre Führer bisher vom Reichspräsidenten empfangen worden sind, dürften der geplanten Neubildung loyal gegenüberstehen.

Die Forderungen der NSDAP.

Am „Böltischen Beobachter“ erklärt Alfred Rosenberger, der Nationalsozialismus werde sich mit größtem Ernst auf seine große Sendung vorbereiten und ohne Kleinigkeit die besten Kräfte heranziehen, um sie der deutschen Zukunft dienlich zu machen. Er werde auch heute, da Brüning gefallen sei, diesen nicht ohne Not demütigen wollen.
Die Lösung aber heiße heute mehr denn je: Alle Macht Adolf Hitler!
In der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz schreibt Dr. Goebbels: „Eine halbe Lösung kommt nicht mehr in Frage. Der Reichspräsident will auf dem üblichen parlamentarischen Wege zu einer Neubildung des Kabinetts kommen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die nationale Opposition, geführt durch Adolf Hitler, und seine Bewegung, die Dinge entscheidend bestimmt. Ein Kabinett des besonderen Vertrauens hätte vorerst keine anderen Aufgaben, als den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszusprechen, die Organisations-, Agitations- und Demonstrationenfreiheit für die nationalsozialistische Bewegung wieder herzustellen.
Erst wenn die Notverordnungen, die eine freie Meinungsbildung in Deutschland bisher verhinderten, gefallen sind, wird der Wille des Volkes ungenutzt und einseitig zum Ausdruck kommen können. Die absolute Mehrheit für Hitler und seine Partei ist unser Ziel.“

Der Blickpunkt der Welt

Echo des Regierungswechsels in Deutschland.
Bern.
Hilbersteinmündend weisen sämtliche Blätter darauf hin, daß mit einer Hand nach rechts geschlagene Regierung in Deutschland für die Zukunft zu rechnen sei und werden hierbei die Frage auf, welchen Einfluß der nationalsozialistischen Bewegung in der künftigen Regierung eingeräumt werden wird. Die Frage nach der Auflösung des Reichstags wird allgemein gestellt.

Moskau.

Der Sturz des Kabinetts Brüning hat in Moskau großen Eindruck gemacht. Man verfolgt die Entwicklung der innenpolitischen Lage in Deutschland mit großem Interesse. Es wird betont, daß Deutschland vor einer Schicksalswende stehe. Das Kabinett sei von der ansetzenden nationalsozialistischen Welle gefürzt worden und werde von einem Kabinett abgelöst, das aus nationalsozialistischen Elementen bestehen werde.

Warschau.

Die Warschauer Presse, soweit sie zum Rücktritt des Reichskabinetts schon Stellung nimmt, ist beinahe ausschließlich der Meinung, daß der Rücktritt nicht allein aus innenpolitischen Gründen erfolgt sei, sondern daß in weit höherem Maße außenpolitische Ursachen den Rücktritt des Reichskabinetts veranlaßt hätten. Man neigt daher in der polnischen Presse allgemein der Ansicht zu, daß eine Rechtsregierung in Anmarsch liege, die vor allen Dingen in außenpolitischen Dingen einen radikalen und tatkräftigen Kurs im Sinne der Nationalsozialisten einschlagen dürfte.

Budapest.

Die meisten Blätter bezeichnen den Regierungswechsel in Deutschland als Folge der für die Nationalsozialisten günstigen Volksumstimmung. „E s i t a p o l o“ stellt die Sache so dar, daß mit Brüning der Spitz der bürgerlichen Sozialität gegangen ist. Ob der Hysterismus hundertprozentig zur Geltung komme, lie fraglich. Jedenfalls werde er, wenn er auch nur teilweise zur Macht gelange, die Innen- und Außenpolitik wesentlich beeinflussen.

Stockholm.

Der Rücktritt der Regierung Brüning hat in Schweden großes Aufsehen erregt, obwohl man diese Entwicklung erwartet hatte. Sämtliche einflussreiche Zeitungen beschäftigen sich in ausführlichen Telegrammen ihrer Berliner Vertreter und in Zeitartikeln mit der neuen Lage, wobei sie hervorheben, daß zum ersten Male eine Regierungsbildung durch mangelnde Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskabinett hervorgerufen ist.

London.

Der Rücktritt Brüning's steht im Mittelpunkt der Londoner Presseberichterstattungen. Man glaubt, daß mächtigere Personen als Hitler und mächtigere Kräfte als die Nationalsozialisten am Werke waren, um den Fall Brüning's herbeizuführen. Es sei möglich, daß nunmehr die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages erhoben würde. Man könne unter den jetzigen Umständen daher kaum viel von Lausanne erwarten. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Gefühl des Nationalismus, welches jetzt in Deutschland herrscht, unmissverständlich auch in den anderen Teilen Europas verläuft werde.

New York.

Während die „Times“ den Rücktritt Brüning's in einem langen Artikel bespricht, der sich gegen Angriffs enthält, vertritt die republikanische Zeitung „New York Tribune“ die Auffassung, daß die innenpolitische Lage Deutschlands ein Kompromiß zwischen den bisherigen Regierungsparteien und Hitler oder Hugenberg nicht zulasse. Das Blatt glaubt, daß eine Revolution der Reichsparteien zustande kommt, der nachherweise auch der rechte Flügel des Zentrums angehören werde. Weiterhin macht das Blatt dem Reichspräsidenten zum Vorwurf, daß er den Ratsschlägen rechtsstehender Elemente Gehör schenkte, und meint, die Entscheidung Hindenburg's entspreche nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Sitzung des Reichstages

Der Reichstestanz des Reichstages hat beschlossen, dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht zu erteilen, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald die Bildung der neuen Regierung abgeschlossen ist und das neue Kabinett seine Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung bezeugt.
Sollte sich die Abgabe der Regierungserklärung länger hinausziehen, dann ist eine neue Einberufung des Reichstestanz in Aussicht genommen.

Die Wahlen in Oldenburg

Dnt. 15 629 (12 629), Soz. 50 987 (54 878), Soz. Arbeiterp. 1464 (224), Komm. 15 599 (18 935), Nat. 2, Volkspartei und Wirtschaftsp.) 2908 (15 012), Staatsp. 6213 (8513), Landd. 5987 (6405), Nat.-Soz. 131 525 (97 778), Jtr. 42 114 (46 192).

Absolute Mehrheit der NSDAP

Die Zusammenlegung des neugewählten Oldenburger Landtags wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein:

Dnt. 2 (2), Soz. 9 (11), Soz. Arbeiterp. — (—), Komm. 2 (3), Nat. Bg. — (2), Staatsp. 1 (1), Landd. 1 (1), Nat.-Soz. 24 (19), Jtr. 7 (9), zusammen 46 (48) Mandate.
Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlkreis zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Das Verhältnis der Parteien

Die Nationalsozialisten haben gegenüber dem Vorjahr durchweg gewonnen. Die Deutschnationalen haben ebenfalls

ihre Stimmenzahl erhöhen können, während die Nationale Vereinigung (Volkspartei und Wirtschaftspartei), wie im vorangehenden, einen vollen Zustimmungserfolg erlitten hat. Das Zentrum hat in Oldenburg einige Verluste erlitten. Dieser Vergleich bezieht sich jedoch nur auf die vorjährige Landtagswahl. Anders liegt es beim Vergleich mit den diesjährigen Großwahlen. Bei der Wahl am 13. März 1932 (1. Wahlgang der Präsidentschaftswahl) hatten die Deutschnationalen 27 330, die Nationalsozialisten 122 136 Stimmen, 149 585 Stimmen also insgesamt, gegen jetzt 147 154. Die Nationalsozialisten erzielten beim zweiten Wahlgang am 10. April 140 721 Stimmen gegen jetzt 131 525.

Sozialistische Bedingungen

für die Mitarbeit in der französischen Regierung.

Paris, 1. Juni.
In einem Vorschlag Leon Blums auf dem französischen Sozialistkongreß heißt es, daß es der sozialistischen Partei bei dem Ernst der äußeren und inneren Lage nicht möglich sei, die Angebote einer Mitarbeit an der Regierung, die ihnen von der radikalistischen Partei gemacht wurden, grundsätzlich abzulehnen. Die Zusammenkunft in der Regierung mit anderen Parteien made aber ein Programm notwendig, auf das sie sich gemeinsam verpflichten. Die wichtigsten Punkte des Programms sind:
Starke Aufträge in den Militärausgaben, und zwar so schnell, wie es die französischen Vorschläge in Genf gefordert. — Verstaatlichung der Waffenherzeugung und des Waffenhandels.
Schuh des Spars und Kontrolle der Banken.
Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungen
Am Schluß lautet die Entschlußfassung: „Der Kongreß ist bereit, wenn die radikale Partei den Wunsch zum Ausdruck bringt, beauftragt zu ernennen, das Programm voranzutreiben und dem Kongreß die Antwort zu überbringen. Diese Antwort wird maßgebend sein für die Antwort der sozialistischen Partei auf das Angebot, das ihm gemacht wird.“

Deutsche Tageschau

Eine Klage Sachsen gegen das Reich.
Der sächsische Staat hat jetzt Klage gegen das Reich erhoben, um die Zahlung von 2,3 Millionen RM. Zinsen zu erreichen, die dem freistaatlichen Sachsen auf der Überführung der sächsischen Staatseisenbahn auf das Reich zugehen. Da das Reich die Forderung anerkennt, hat jetzt das Sächsische Reichsgericht auf eine klare endgültige Entscheidung, die durch die Feststellungsfrage herbeigeführt werden soll. Die Summe ist bereits in den neuen sächsischen Staatshaushaltsplan eingestellt.

Die Entsehung von Mainz.

Die seit einigen Monaten in Ausführung begriffene Niederlegung der Kasernen und anderer ehemaliger militärischer Bauten in Mainz hat schon ziemliche Fortschritte gemacht. Niedergelegt sind bereits die Prinz-Carl-Kaserne, die Divisionstasche, die Pantonnkaserne, das Artilleriewerkzeughaus und auch die 50 Meter hohen Sandtürme sind abmontiert. Nach dem Programm kommen jetzt die neue und alte Ministerkaserne zum Abruch, die Giebruggkaserne, das Präzidenten u. a. Ferner soll eine Flugzeughalle im weiteren Vorgebäude von Mainz abgebrochen werden.

Auslands-Rundschau

Vor einer Anleihe in Oesterreich?
Der in Paris tagende Unterausschuß des Finanzauschusses des Weltverbundes hat ausschließlich die Finanzlage Oesterreichs behandelt, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Die Sitzung wird fortgesetzt werden, und zwar mit einem Bericht Sir Keith Hoß über die Lage in Oesterreich. Man nimmt an, daß der Vertreter Englands den Vorschlag unterbreiten wird, Oesterreich sofort eine Anleihe zu bewilligen, um die Erfüllung des Auslands-memoratoriums zu verhüten.

Ein Ruz nach polnischen Offensiven.

Die „Gazeta Oboznita“ ruft zu einer polnischen Offensive gegen Danzig auf: „Wir müssen unseren ruhigen Beobachtungsstand verlassen. Wir müssen eine Front ausgehender Tätigkeit und entschiedener Aktion gegen Danzig organisieren. Wir hier in Pommern haben keine Zeit zu verlieren. Wir müssen scheinbar Dämme und Verteidigungsstellungen bauen. Nur in der Tätigkeit auf einer einheitlichen Front der Tat, auf der Front der Abwehr können wir unsere Rechte erfordern.“

Die Goltzow-Internationalen nach Moskau übergefiedelt.
Die Goltzow-Internationalen, die bisher ihren Sitz in Berlin hatte, und die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gezwungen worden war, ihre Büros in Deutschland zu schließen, ist jetzt nach Moskau übergefiedelt. Die Goltzow-Internationalen sind jedoch später ihren Sitz entweder nach Prag oder nach London verlegen, falls die Behörden dieser Länder keinen Einspruch dagegen erheben.

Generalfreie in Algerien.

Nach Meldungen aus Gibraltar ist in Algerien infolge Schließung des Büros der Syndikalistin der Generalfreie ausgerufen worden. Der Führer der spanischen Generalfreie und Gibraltar, sowie der gesamte von Algerien ausgehende Generalfreie sind zum Stillstand gekommen. Das Postamt teilt mit, daß der Syndikalist nicht arbeitet. Es sind Unruhen ausgebrochen.

Seine politische Meldungen

Mag von Schilling, Präsident der Akademie der Künste. In der Sitzung der Akademie der Künste wurde am 2. Juni ein fester Mag. Webermann der Komposition Mag von Schilling zum Präsidenten gewählt.

Händigung der Lohnkarte im Bergbau. Der Arbeitgeberverband der obersteilfischen Montanindustrie hat die Lohnkarte für Eisenhütten- und Erzkörperbau für Ende Juni genehmigt.

Einheitsvereinbarung zwischen Deutschland und USA. Im Auswärtigen Amt hat ein Austauschvertrag zwischen Staatsrat für den Bältern und dem amerikanischen Botschafter Sackett stattgefunden, durch den eine Vereinbarung über die Zollbefreiung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden ist.

Stiller Ehrenbürger in zwölf badischen Gemeinden. Die Gemeindeväter von zwölf badischen Gemeinden haben beschlossen, Stiller das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Aus der Umgegend

Rebra, 1. Juni.

Genug des Regens. Wie gern sieht es der Landmann, wenn nach einigen sonnigen Tagen der Himmel sich bewölkt und aus der Wolke Regen entströmt, der die Fluren erfrischt. Wenn aber die Sonne sich lange Zeit nicht blicken lässt und die grauen Wolken immer sich fortziehen, dann hört der Regen auf wünschenswert zu sein, er wird vielmehr als lästig empfunden. So etwa ist die jetzige Situation betreffs des Wetters. Es hat zwar den Anschein, als ob eine andere Mitternachtsperiode andeuten will, denn heute blieb es trocken, auch die Sonne zeigte sich, aber feste Garantien für eine Besserung sind nicht vorhanden. Alle, nicht nur die Landwirte, wünschen mir Sonnenchein und erbitten diesen von dem, der den Wolken Weg und Bahn zuweist.

Aus der Sitzung des Kreisrates am vergangenen Montag ist zu berichten, daß die Erhebung der überaus reichhaltigen Tagesordnung kaum 3/4 Stunden währte. Das zur Deckung des Defizits im Sausaltvorschußjahr für 1932 sich ausweidende Defizit hatte die Kreisratsmitglieder freudig genehmigt, die sonst üblichen scharfen Auseinandersetzungen der politischen Gegner beschränkten sich auf einige Auslassungen. Zudem wußte so seine der „Faktion“, wie der Selbstträger geäußert werden könnte, wenn nicht Vater Staat Hilfe bringt. Und der wird auch nicht in der Lage sein, überall zu helfen. Der Etat wurde mit 18 Stimmen gegen 9 Stimmen der Nationalisten genehmigt. Der Betrag, für den noch keine Deckung vorhanden ist, beträgt 924 000 RM., er wird aber, weil die eingelegten Einnahmen durch Mindererträge an Steuern kaum erreicht werden dürfen, die Million RM. erreichen.

In diese freudlich zu nennende Sitzung schloß sich dann eine noch freudlicher gefallende Besichtigungsfahrt des Amtes Omnibus der Reichspost durch den südlichen Teil des Kreises an. Das erste Ziel war Koblentz. Hier wurde die Jugendherberge besucht. Die Schulführer führten des Regenwetters wegen im großen Saalraum zur Begrüßung der Gäste vollständige Tische auf und brachten einige Stühle zum Vortrag, während der Herr Landrat einen kurzen Bericht über den Verlauf der letzten fünf Jahre abgab. — Lange konnte der Aufenthalt hier nicht ausgedehnt werden, das das Programm für den Nachmittag hätte verschoben, andere, räumlich von einander weit entfernt liegende Besichtigungsobjekte. Die landwirtschaftlich so schöne Weidende betende Fahrt durchs Amtsrath wäre bei sommerlichem Wetter natürlich gemüßigter gewesen, immerhin aber konnten die Herren Kreisratsabgeordneten wahrnehmen, daß das, was in den letzten Jahren von Gemeinden und dem Kreis an Straßenverbesserungen geschaffen worden ist, sich gegenwärtig auswirkt. Der nächste Aufenthaltspunkt war das Säuglingsheim bei Landau. Auch hier war wieder ein freundlicher Empfang vorbereitet, ebenso eine einfache Bewirtung. — Die Herren vom Kreisparlament beschließen eingehend die praktischen Einrichtungen und hörten einem Vortrag des Leiters des Seins, Herrn Dr. König, zu. Dann wurde das Amt über den besichtigten und weiter eine die Fahrt, nach Freyburg. Unter Herr Landrat ist ein geistlicher Diplomat, das behandelte auch wieder das heutige Kreisprogramm, das heute zuletzt! In Freyburg gab's halt Kaffe und Kuchen eine Weinprobe. Wein- und Weinproben wurden hier den Gästen dargelegt, denn die ihr Dasein dem Kreis verdankende erfolgreiche Gärtner-Vereinigung wollte sich natürlich erweisen und auch zeigen, wie sie bereits erweist hat. Da gab's die Herren, wie Garsdorfer, Biegenburger, Kießing, Quersfurter Kreiswein usw. Ohne große Debatten lagte hier der Kreisrat und wohl ein jeder der Herren mag im Stillen darüber nachgedacht haben, wie schön es doch auf der Welt sein könnte, wenn die so garigen Meinungsverschiedenheiten und die hohe Politik nicht wäre. An das nach der Besichtigungsreise in Quersfurt zurückgelegte Sausaltbesitz ermerkte man sich in Freyburg nicht mehr und wenn wirklich am anderen Tage einer der Herren eine Kopfschmerzen gehabt haben sollte, dann war sicher der Selbstträger im Sausalt nicht schuld daran.

Wie entsteht ein Elternrat? Am November 1919 ordnete ein Ministerialerlaß an, daß in sämtlichen Schulen Preußens alle zwei Jahre Elternräte gewählt werden. Für die Wahl wurde eine bestimmte Ordnung festgelegt. In diesen Tagen, rund vier Wochen vor der am 28. Juni stattfindenden Wahl, findet in jeder Schule eine sogenannte erste Elternversammlung statt, in der der Schulleiter die nötigen Bekanntmachungen gibt und zur Auffstellung von Kandidatenlisten auffordert. Die Wähler darf nicht in der offiziellen Elternversammlung aufgestellt werden, haben verschiedene Gruppen die Auffstellung der Listen und die Durchführung der Wahl übernommen. — Die Elternräte werden also nicht, wie das manchmal gemeinhin wird, von den sogenannten Klasseneltern gewählt. In 14 Tagen muß in jeder Schule eine zweite offizielle Elternversammlung gehalten werden, bei der auch der Wahlvorstand gewählt wird. Dilem sind am Donnerstag, dem 16. Juni, Kandidatenlisten anzukommen. Für nur eine Liste vorhanden, so ist kein belandener Wahltag am 26. Juni möglich, sondern diese Liste gilt als gewählt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gau Mitteldeutschland, welcher im Jahre 1931 mit einer gewalt-

tigen Rundgebung in Stendal an die Öffentlichkeit trat, veranstaltet am Sonntag, dem 4. Juni, seinen 12. Gau-tag in Wittberg, Bez. Halle. Verbunden damit ist der 12. mitteldeutsche Angestellten-tag, auf welchem der bekannte Führer der deutschen Angestellten, Max Höpfer-Berlin, Minister des Reichswirtschaftsrates, einen bedeutenden Vortrag halten wird.

Untragbare Beiträge zu den Unfallberufsgenossenschaften. In den letzten Jahren hat die Berufsgenossenschaft Unfallberufsgenossenschaften eine untragbare Höhe entkommen. Wiederholte sind der Versichererband des deutschen Handwerks und seine Mitglieder beauftragt im Sinne einer durchgreifenden Reform der Unfallversicherung vorkellend geworden. Was unauflösbar die Verhältnisse hier liegen, geht daraus hervor, daß zum Beispiel der Beitragsatz von 4,15 Prozent der Lohnsumme im Jahre 1925 auf 14,43 Prozent der Lohnsumme im Jahre 1931 gestiegen ist, wobei zum Beispiel für einen vollbeschäftigten Dadderegeleiten im Jahre eine Belastung von RM. 456,— ergibt. Eine erhebliche Anzahl von Betrieben, die noch für das Jahr 1931 Lohnsummen nachgewiesen hat, ist inzwischen eingestürzt worden. Sie werden trotzdem zu den Beiträgen für 1931 herangezogen bzw. es müssen, wenn auch im Zwangsbeitragsverfahren bei ihnen nichts zu holen ist, viele ausfallenden Beiträge von den übrigen noch bestehenden Betrieben aufgebracht werden. Die Folgen dieser Verhältnisse ist eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge zu den Berufsgenossenschaften. Die Erregung der verwehrt um ihre Geltung ringenden Handwerker über diese erhöhte Belastung ist gewaltig. In einer weiteren Eingabe fordert daher der Versichererband des deutschen Handwerks sofortige und erhebliche Entlastung bei diesen Beiträgen. Der Mitteldeutsche Handwerkerband hat gleichfalls ein entsprechendes Telegramm an den Reichsarbeitsminister gerichtet.

Was ist gegen Ameyen zu tun? In 77 beherrenen Wunsch einiger Leser veröffentlicht wir nachstehend einige aus dem Mittel gegen die Ameyenplage. Zum ersten hilft das Betreiben der Laufbahnen mit Karbolinum, das man sich in der Drogerie oder Apotheke leicht beschaffen kann; zum zweiten soll das Betreiben mit dem Saft in Wasser aufgelöster Zigaretten- und Zigarettenstummel aus diesen Dienst tun und endlich zum dritten wurde uns das Betreiben einer Fläche mit flarem Zug empfohlen, man kann die lästigen Tiere, die gern nach Zigaretten gehen, dann am nächsten Morgen einfach mit dem Scheuerwagen aufwischen. Wir können nicht für die Wirkung dieser Hausmittel nicht garantieren, hoffen aber, daß unsere geplagten Leser damit Erleichterung finden.

Wohlmittelt. 30. Mai. Ein Unfallsfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 8 Uhr auf der Straße nach Wada in der Nähe der Rittergutshöhe. Der Arbeiter Richter-Vottendorf war mit dem Kofischer Wolleerzahn mitgefahren. Ob nun Richter während der Fahrt durch einen unglücklichen Zufall aus dem Auto gefallen ist, oder ob er, ohne den Chauffeur zu benachrichtigen, hat aussteigen wollen, konnte nicht geklärt werden; jedenfalls aber wurde der Mann bei dem Sturz vom Hinterrad des schweren Wagens erfasst und am Kopf schwer verletzt. Ein Arzt aus Weiche legte dem Bedauernswerten den ersten Verband an und dann wurde er ins Elisabeth-Krankenhaus nach Halle überführt.

Koblenz. 25. Juni. In der Eisenbahn-Inspektion 1 Juni sind 25 Jahre vergangen, daß Herr Eisenbahn-Inspektor Bergmann in Staatsdienst bei der Eisenbahn tätig ist. Seit dem Jahre 1923 dient er die umfangreiche Bahn des meiste Koblenz; in seine heilige Wertschätzung der vor 2 Jahren so häufiger durchgeführte Ausbau auf der Strecke zwischen Koblenz und Dombord, aus welchem Anlaß er zum Eisenbahn-Inspektor befördert wurde. Vielerlei Verbesserungen und Neuankünfte auf der Strecke sowohl als in den Amtsgebäuden der Reichsbahn in seinem Dienstbereich zeugen von seiner Umficht und Initiative auf technischem Gebiet. Auch seine gesellschaftliche Einwirkung im bürgerlichen Leben unseres Ortes veranlaßt uns, neben den herzlichsten Glückwünschen zum heutigen Tage, zu dem aufrichtigen Wunsch, daß Herr Bergmann noch recht lange in unserer Mitte bleiben möge.

Songehauen. Infolge Verfalls der Bremsen fuhr ein vollbeladener Lastwagen am Schulplatz auf den Bürgersteig, durch den der Fahrer zu und führte an der Mispforte in die Höhe an. Der Kraftwagenführer Lohp wurde durch den Lebens gefährlich verletzt; der Beifahrer konnte sich durch rechtzeitiges Abpringen retten. Die Unglücksstelle bietet ein Bild der Zerstörung. Der Wagen war mit 15 Tonnen Gerste beladen. Zum Glück gelang es den Passanten, die das heranrollende Auto gewahr wurden, schnell zur Seite zu springen.

Naumburg. Wenden Zug warf sich abends der etwa 24jährige ledige Beker aus der Burgstraße. Er wurde tödlich verletzt. Aus einem hinterlassenen Zettel ist zu entnehmen, daß er wegen Stellenlosigkeit in den Tod ging.

Jöhren (R. Merseburg). Der Einbruch in die Stationskassa, über den wir berichteten, hat sehr schnell seine Aufklärung gefunden. Als Täter wurde der 16 Jahre alte Sohn des Dr. Brunsberger ermittelt, der die Anwesenheit seines Vaters zu dieser Tat benutzte. Der junge Mann hat bereits des öfteren kleinere Beträge aus der Kasse entwendet. Gegen ihn ist Anzeige erstattet worden.

Überörlingen am See. Ein Personenauto fuhr auf der Straße nach Überörlingen beim Ausweichen in ein Grasabergepann hinein. Der Gefährtenführer stürzte vom Sitz und wurde lebensgefährlich verletzt. Die Pferde gingen durch und die Maschine wurde zertrümmert.

Norhauen. Während eines Streites zwischen zwei jungen Leuten im Hofe des Hauses der Jugend führte der eine von ihnen in die Scheibe eines partenden Kraftwagens. Dem jungen Mann wurde dabei die Schlagader aufgerissen. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Mühlhauen. Der Casid. Ein älterer Mann, dessen Frau vor einigen Tagen starb, wurde mit Gas vergiftet aufgefangen. Die Unglücksfälle vorstehend oder aber als Herr aus Schwermut geschandelt hat, kann nicht festgestellt werden, da die Angehörigen zur Zeit zur Beerdigung seiner Frau auf dem Friedhof weilten.

Bernburg. Nicht hinaussehen! Ein 12jähriger Schüler aus Dreßig lehnte sich während der Fahrt nach Balaberge aus dem Zug. Er fiel dabei mit dem Kopf gegen einen eisernen Mast und erlitt einen schweren Schädelbruch. In bewußtlosem Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Bitterfeld. Auf dem Trockengoden der Steingewerkschaftsfabrik Schmidt & Söhne, 35, braud Feuer aus, das jedoch bald gelöscht werden konnte. Die Arbeiter wurden durch die starke Rauchentwicklung nicht gefährdet. Es liegt ansehend Selbstentzündung vor.

Chöra (R. Calbe). Der Landjäger Sperling aus Hften hielt hier zwei Männer an, die ihm als Raubtier verdächtig waren. Nachdem der Beamte ihnen ein Waffe, die sie bei sich führten, abgenommen hatte, fielen die beiden plötzlich über ihn her, schlugen ihn zu Boden und beraubten ihn seiner Waffen. Der Landjäger mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Täter flüchteten und konnten noch nicht gefasst werden.

Preußitz (R. Kösen). Angriffslustiger Ober. Auf dem Hofe des Rittergutes wurden mehrere Frauen von einem Ober angegriffen. Der Schweinehirt wollte den Angriff mit einem Knüttel abwehren, wurde jedoch selbst angegriffen und an der Hand schwer verletzt, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Deflau. Die anhaltende Unruhe ist bereits in Kraft getreten. Die Anhaltler gehören zu 75 Prozent dem Linksblock. Viele Parteien sind bereits aus den Straßenräumen Coswig und Dessau entlassen.

Neißch. Tödtlich verbrüht. Der 2½jährige Poff Jartung spielte in der Küche seiner Großmutter, die mit Abwaschen beschäftigt war. Dabei stürzte das Kind in einen Kessel mit kochendem Wasser, den die Großmutter auf den Fußboden gestellt hatte. Die beiden schweren Verletzungen und Krämpfe mäßig an einem Herzschlag.

Blankenburg (Sarg). Eine Regenzeitgeheimnisse. Die Anhaltler gehören zu 75 Prozent dem Linksblock. Viele Parteien sind bereits aus den Straßenräumen Coswig und Dessau entlassen.

Goslar. Der Gebärdenträger Oberpostkassierer Bo wurde bei einer Woche vermisst. Am 1. Juni wurde in einem Walde bei Goslar tot aufgefunden worden. Es liegt Freitag vor. Was den Beamten in den Tod getrieben hat, ist noch nicht geklärt.

Neues aus aller Welt

Doppelstern eines Ehepaars. Aus der Havel bei Lindenberg wurde die Leiche des aus Warchau gebürtigen, in Berlin-Charlottenburg wohnhaften 37jährigen Studenten Benjion Douhoff und seiner 21 Jahre alten, in Salsat geborenen Ehefrau Sara gelandet. Die Leichen waren mit Striden aneinandergebunden. Ueber die Gründe des Doppelsternmordes ist nichts bekannt.

Schwere Feldverletzungen in Stettin. Im Städtischen Krankenhaus in Stettin verstarb an den Folgen des Gefusses von nicht einwandfrei handhabt der Kapitän Gräber. Die nähere Untersuchung dieses Falles hat ergeben, daß noch sieben weitere Personen an Feldverletzungen erkrankt sind. Einige von ihnen wurden in deutschen Lazareten ins Städtische Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Wieder Minderungen in Afrika. In allen Teilen der Stadt sind Terrorgruppen aufgetreten, die es auf die Minderungen von Lebensmittelpreisen abgesehen hatten. Sie ergriffen hauptsächlich in größeren Truppen, darunter in einzelne Geschäfte, an rufen zur Ordnung und Lebensmittelpreisen, Schinken, Würste, Fleischwaren usw. an sich und verweigern den, die die Lebensmittel überhaupt zur Verfügung machen. Die Gruppen traten teilweise in Stärke von 20 bis 75 Mann auf, an anderer Stelle waren es Frauen und Männer. In den letzten Nachmittagsstunden wurden sogar in einem Fall eine größere Anzahl von Kindern vorgeführt, hier ist es jedoch nicht zu Minderungen gekommen.

Raubüberfall in Göttingen. Auf der Weender Straße wurde auf einen Lastwagen — es soll sich um den Kassenboten des Göttinger Aluminiumwerkes handeln — der im Begriff war, seinen Wagen zu befeigen, ein Raubüberfall verübt. Von der Stadt her kam gleichzeitig ein zweites Auto, das plötzlich hielt und dem ein Mann entstieg, der auf den anderen zuprann, einen Revolver schloß auf und schloß die Hinterräder mit mehreren Kugeln Brand herbeizulocken. Ein Passant, der dem Überfallenden zu Hilfe eilen wollte, wurde durch einen zweiten Schuß verwundet. Der Straßenräuber sprang hierauf in einen Wagen und fuhr in Richtung Weender davon. Der Wagen des Räubers trägt die Nummer L S 7012 und ist von rotbrauner Farbe. Die beiden Verletzten mußten in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Schiffverkehr im Elbegebiet. Die seit zwei Tagen ununterbrochen niederschenden starken Regenfälle haben bereits ein erhebliches Aufsteigen der Flüsse im Elbegebiet zur Folge. Der Chemnitzfluß, die Mulde, die Elbe und die Jüchopau haben bereits die Gefahrenmarke überschritten und steigen bedrohlich weiter, so daß sie schon verheerend über die Flußufer getreten sind. Da der Regen am Dienstagmorgen noch immer mit unerminderter Stärke anhält, wird die Schiffverkehr von Stunde zu Stunde größer. Vom Schiffverkehr sind zwar auch die Maßnahmen getroffen worden, doch kann nur ein baldiges Abfließen des Regens die Schiffverkehr und damit schweren Schaden abwenden.

Walter erhebt seine vierjährige Familie und begeh Selbstmord. In Rühlheim bei Frankfurt a. M. hat sich eine furchtbare Familientragödie abgespielt. Der Zeitungsverleger Schmitt war mit seiner Frau und seinen drei Kindern in den Wald gegangen. Als Schmitt mit seiner Familie nicht in seine Wohnung zurückkehrte, wurden Nachbarn auf ihr Ausbleiben aufmerksam und suchten die Verunglückten. Man fand dann Schmitt und seine Angehörigen tot auf. Schmitt dürfte die Tat wegen wirtschaftlicher Sorgen begangen haben.

Gefährliche Todesfälle. In der Familie eines Feuerwehmannes in Wehringen bei Ulm erregten sich zwei seltsame Todesfälle. Der 17 Jahre alte Sohn hatte sich abends noch gesund und munter zu Bett gelegt. Als die Mutter ihn am anderen Morgen wecken wollte, fand sie ihn tot vor dem Bett. Hals und Jung waren hart angeschwollen. Der Leiche wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald danach starb. Gegen Mittag desselben Tages erkrankte auch seine vierjährige Schwester und starb schon während der Lieberführung ins Krankenhaus. Da man keine Anhaltspunkte für die Todesursache finden konnte, wurden Wissenschaftler der Göttinger Universität zur Untersuchung überfandt. An den Angehörigen wurde eine Schimpfung vorgenommen. Weitere Untersuchungen sind nicht vorgenommen.

Die Einzellets der Reichsministerien

Einparungen auf der ganzen Linie.

Aus dem Reichstag zugegangenen Einzel-Haushaltplänen der Reichsministerien ist sich ergeben, daß unter dem Jang der Verhältnisse in allen Ministerien erneut Währige vorgenommen worden sind; in einzelnen Fällen sind allerdings infolge der Uebernahme neuer Aufgaben auch Mehrbewilligungen notwendig geworden.

Im Haushalt des Reichspräsidenten beträgt die vor-gemerkte Gehaltssteigerung des Reichspräsidenten insgesamt 22 200 RM. Das Reichspräsidentengehalt beträgt demgemäß nur noch 37 800 RM, dazu kommen 120 000 RM Aufwands-gelder.

Im Haushalt der Reichsfinanzämter ist der Betrag, der dem Reichsfinanzämter für besondere repräsentative Aufwendungen zur Verfügung steht, um 4000 RM geführt worden; ebenso hat eine Kürzung des Fonds, über den der Reichsfinanzämter zu allgemeinen Zwecken verfügt, um 15 000 RM stattge-funden. Die Ausgaben für die landliche Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatsdienst sind um 20 v. G. erhöht worden und betragen nur noch 180 000 RM im Jahre.

Im Haushalt des Reichstags sind die Gelder zur Her-stellung der Reichstagsdruckarbeiten um mehr als 50 000 RM erhöht worden. Die Ausgaben für die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Reichstags betragen wie im Vorjahre mehr als 48 Millionen RM, dazu kommen 1,8 Mil-lionen RM als Entschädigung an die Gliedmaßen für die Freiheits der Reichstagsmitglieder.

Im Vorwort zum Haushalt des Reichsfinanzministe-riums wird darauf hingewiesen, daß nach der Notwendig-keit vom Juni 1931 die Reichsregierung in den Entwurf der Reichshaushaltspläne für die Rechnungsjahre 1931 und 1932 Mißgebungen in den außerordentlichen Haushalts-einblößen dar. Bestimmte Summen, die bisher im außer-ordentlichen Haushalt standen, sind bei den einmaligen Aus-gaben des ordentlichen Haushalts eingestellt worden. Das ist u. a. für die 16,2 Millionen RM zum Erwerb von Aktien aus der Kapitalerhöhung der Wag. Weidmühlwerk und der Reichsbank als Beschilte an die Deut-schen Werke, Kiel, 1,75 Millionen RM angefordert, das sind 250 000 RM weniger als im Vorjahre. Geringer angelegt sind im Haushalt des Reichsfinanzministeriums u. a. die Verordnungen um 30 Millionen RM, 250 000 RM sind bei der Haltung der Dienstfahrzeugen und 550 000 RM bei den Reisekosten eingespart worden.

Im Haushalt des Reichsjustizministeriums ist der Ge-schäftsausfall für das Reichsgericht infolge der schmäherigen Wirtschaftslage auf 500 000 RM, beim Reichsapellat auf rund 5,5 Millionen RM geschätzt worden. Während der Personalbestand des Reichsjustizministeriums vermindert worden ist, hat die zunehmende Belastung des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft durch erschwerte finanzielle Verhältnisse die Schaffung eines neuen Strafrazens und die Einstellung von fünf Hilfsstrafen sowie von vier Hilfsstrafen im Referendariatsdienst der Reichsanwaltschaft notwendig gemacht. Für das Reichsapellat soll die im Vorjahre begonnene und durch die starke Geschäftsbelastung notwendig gewordene Veranschlagung der Personalstellen fortgesetzt werden.

Im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums ist die allgemeine bei den Reichsministerien vorgeschlagene Vermin-derung des Personalbestandes um insgesamt 10 v. G. durch-gesührt worden. Die Verminderung des Personalbestandes ist jedoch infolge des starken Anstiehs der Gehälter des Reichswirtschaftsministeriums durch die ihm zugefallenen neuen Aufgaben nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten. Viele neue Aufgaben erfordern sich im besonderen an die Dienstbewirtschaftung, die Bankenaufsicht, die Verbindung für inländische Warenförderungen. Beim Statistischen Reichsamte sind insgesamt rund 800 000 RM eingepart worden. Die Dienstgehalts des Reichsaufsichtsamts für "Prüfungserhebungen haben infolge der neuen Aufgaben die der Beschilte durch die Uebernahme der Beaufichtigung der Sauparaffen vom 1. Oktober 1931 ab und die verlässliche Aufschichtstätigkeit entstehen, weiter zugenommen und erfor-dern eine weitere Vermehrung des Personalbestandes.

Im Haushalt des Reichspostministeriums ist die Abhilfe-rung der Deutschen Reichspost an das Reich aus dem Rech-nungsjahre 1932 auf 239 Millionen RM geschätzt worden, was sich um 20 Millionen RM mehr als im Jahre 1931. Die Abhilfe-rung ist auf Grund einer vorausgeschickten Betriebs-einnahme von 180 Millionen RM veranschlagt worden. Dazu tritt die Abhilfe-rung aus der ersten und zweiten Kürzung der Beamtengehälter. Für den Uebertrag der Reichs-druckerei werden als Einnahmen aufgeführt 4,5 Mil-lionen RM gegenüber 5,1 Millionen RM im Vorjahre.

Im Haushaltsplan für Vermögens- und Reichsge-richt beträgt der Betriebsausfall 141 Millionen RM. Wenn das Vorjahr bedeutet das einen Minderertrag von rund 111 Millionen RM. Dafür ist ein Weniger festzustellen bei der Erreichung der Altersgrenzen in Höhe von 67,5 Mil-lionen RM, für Kriegsbeschädigte 26,4 Millionen, für Offiziere und Offiziershinterbliebenen, besonders für Waisen bei der Erreichung der Altersgrenzen in Höhe von 67,5 Mil-lionen RM, für Kriegsbeschädigte 26,4 Millionen, für Offiziere und Offiziershinterbliebenen, besonders für Waisen bei der Erreichung der Altersgrenzen in Höhe von 67,5 Mil-lionen RM, für Kriegsbeschädigte 26,4 Millionen, für Offiziere und Offiziershinterbliebenen, besonders für Waisen bei der Erreichung der Altersgrenzen in Höhe von 67,5 Mil-lionen RM.

Steuereinsparungen für den Grundbesitz.

Berlin, 30. Mai. Die Wirtschaftslage und besonders die Auswirkung des durch die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931 geschaffenen Kündigungsgesetzes haben in vielen Fällen Verleihen von Wohn- und gewerbliebenen Räumen (sonders in Industrie- und Geschäftshäusern), sowie eine zum Teil erhebliche Senkung der Mietpreise zur Folge. In diesen Fällen können künftig in Preußen Steuerereicherungen bei der Grundbesitzvermögensteuer und dem Staatlichen Zuschlag mit Wirkung vom 1. 4. 1932 ab bewirkt werden.

Das gekunkene Arbeitseinkommen

Nach den Angaben des Instituts für Konjunkturfor-schung zeigt gerade das Arbeitseinkommen, wie gefährlich und bedrohlich sich in den letzten Monaten das Einkom-men wiederum vermindert hat. Das Einkommen aller Ar-beiter, Angestellten sowie in Industrie und Gewerbe-Quartal 1931 schätzungsweise 7,8 Milliarden betragen ge-genüber etwa 9½ Milliarden im vierten Vierteljahr 1930. Das bedeutet einen Rückgang um 17 bis 18 Prozent. Ge-genüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Vierteljahr 1929 mit etwa 11,3 Milliarden ist das Arbeitseinkommen im vierten Vierteljahr 1931 um 25 bis 30 Pro-

zent gekunken. Im ersten Vierteljahr 1932 wird das ge-mainte Arbeitseinkommen nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturfor-schung wahrscheinlich auf 6½ Milliarden sinken und damit um etwa ein Viertel geringer sein als im ersten Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Quartal 1929 mit 11,3 Mil-larden wird das Arbeitseinkommen im ersten Quartal 1932 um 42 Prozent oder auf 58 Prozent sinken. — Den Ein-kommensverlust der gekunkenen deutschen Arbeiter und An-gestellten während der Zeit vom Juni 1929 bis Januar 1932 schätzt die „Finanzpolitische Korrespondenz“ auf 26 Mil-larden RM.

Die Stellung der evangelischen Arbeitervereine.

Der Verband evangelischer Arbeiter- und Volksvereine Mitteldeutschland hielt in Magdeburg seinen 37. Verbands-tag ab, der durch einen Festgottesdienst in der Mar-tinskirche eingeleitet wurde. Den Höhepunkt der Tagung bildete eine große Kundgebung in den Nationalstadien, die unter dem Vorsitz von Pfarrer Knippel hand. Unter den zahlreichen Begrüßungsansprachen ist die Rede des Vertreters des Regierungspräsidenten des Oberregie-rungsbezirks Magdeburg, Dr. v. d. Osten, von Bedeu-tung. Er behandelte das Thema „Glaube und Arbeiter-bewegung“ und Reichsminister Dr. Wilhelm Koss. Wuppertal, das Thema „Deutlichkeit und Arbeiterbewegung“.



Das erste deutsche Autogiro-Flugzeug.

Bei den Jodel-Werke-Werken in Bremen wurde das erste Deutsche Autogiro-Flugzeug, eine Neuentwurf des Spanier Juan de la Cierva, der Erfinder dieses Flugzeugtyps, erbaut. In der Bild zeigt das Flugzeug vor dem Start auf dem Bremer Flughafen.

Durch Unvorsichtigkeit in den Tod

Die Feueropferzahl stellt sich nach einer uns in den letzten Tagen zugegangenen Nachricht in leider wieder ein Wen-igebenen durch Unvorsichtigkeit im Umgang mit Feuer ver-nichtet worden. Frau L. aus F. wollte im Küchenherd Feuer zur Bereitung des Mittagessens anmachen. Ob sie hierzu Petroleum benutzt hat oder durch eine unvorsichtige Bewe-gung dem Feuer zu nahe gekommen ist, kann nicht mehr festgestellt werden. Jedenfalls erglückte plötzlich die Flamme mehrere Kleidungsstücke. Als lebende Asche fiel sie auf den Hof und brach dort vor Schmerzen bewußlos zusammen. Trotz-dem der Ehemann die Flammen mit dem Sackel erstickte und die Unglückliche sofort nach dem Kreisrannthaus gebracht wurde, ist Frau L. ihren schweren Brandwunden erlegen. Auch dieser tragische Fall lenkt unsere Aufmerksamkeit wie-der auf die beherrschende Tatsache, daß zahlreiche Hausfeuer-trog fähiger Aufführung durch Wort und Schrift beim Umgang mit Feuer im Haushalt recht unvorsichtig sind. Um das Herd- oder Feuerzeug zum Beispiel in Brand zu setzen, kann man sich auch anderer Mittel bedienen, als flüssigen Brennstoff hineinzugehen und hierdurch sein Leben und außerdem unersetzliches Eigentum aufs Spiel zu setzen. Jeder kann in dieser Hinsicht Verleihen verhindern, indem er im Umgang mit Feuer und Licht vorsichtig ist und auch auf seine Angehörigen in gleichem Sinne einwirkt. Denn die Brandverhütung ist eine Aufgabe des ganzen Volkes. Jeder sollte sich stets vor Augen halten, daß die deutsche Volkswirt-schaft jährlich mindestens 200 Millionen RM an vermeid-baren Brandverleihen erlitten kann, wenn der große wirt-schaftliche und ethische Gedanke der Brandverhütung Ge-meint wird der ganzen Bevölkerung geworden ist.

Zuntenflug

Manchmal entrichten einen Schlot Funtenengarden, die in der Luft herumfliegen. Die einen lösen sich auf in nichts, andere aber beginnen zu zünden, finden ein Feld, einen Platz, auf dem sie Wirkung finden. Und so, wie wir diesen Vorgang nur allzu oft beobachten können, so sehen wir ihn bei den Menschen wieder. Irgegend bedeutsames politisches oder wirtschaftliches Ereignis, eine Krise, wird zur Sen-sation, zum Gemeindegeld aller Menschen. Die Funten des Beschäftigten springen auf den Körper Volt über, und befrucht es für sich selbst. Solange niemals eines Beschäftig-ten haben wir es in diesen Tagen erlebt, als politische Um-wandlungen sich vollzogen, als die Regierung ihren Ab-sicht nahm, als die Wahlen gegenüber früher veränderte und unerwartete Resultate zeigten. Das ganze Volk scheint von diesen Funten entzündet, ein Feuer scheint sich aus diesen glimmenden Funten entfachen zu wollen, und nun, nun bedarf es der energischen Hand, die dieses aus dem wirt-schaftlichen Feuer im Keime erstickt, die wieder leeren Boden schafft, auf dem man gefahrlos und ohne sich die Sohlen zu verbrennen, wandeln kann. Das geht nicht so heute auf morgen, denn die Menge dieser Funtenengarden will nicht so schnell verflammen, sie tritt weiter und verursacht ein Schmelzen und unterirdisches Brennen. Welche, wenn dieses unterirdi-sche Brennen aber zu einem offenen Feuer entzündet wird, Panik und Schrecken, Chaos und Not wären die unausleib-lichen Folgen. Wer will das mindern? Niemand, der auf der deutschen Scholle lebt, kann ersichtlich ein Interesse daran haben. Ruhe und Ratsbürtigkeit heißen vielleicht hier die beiden Zügelpflichten, denn nur, wenn man sie bewahrt, wird der Funtenflug ungefährlich sein. Die glimmenden Reste eines feurigen Ausmaßes können sich desto schneller und besser in nichts auflösen!

Volksschule zu Nebra.

Am Samstag, dem 4. Juni, soll im Saale des Rats-tellers abends 8½ Uhr die

2. Elternversammlung

nach den Verfügungen der Min.-Verf. für die Wahlen der Elternbeiräte abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Nochmalige Bekanntgabe der Wahlordnung.
 2. Wahl des Wahlvorstandes.
- Alle Wahlberechtigten werden gebeten, an der Ver-sammlung teilzunehmen.
Die Wählerliste liegt vom 29. Mai bis 11. Juni d. Js. zur Einsicht im Lehrerzimmer aus.

Nebra, den 30. Mai 1932.

Böttcher, Rektor.

Veröffentlicht:

Nebra, den 31. Mai 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Kirchenverkauf.

Der diesjährige Kirchenanbau der Stadtgemeinde Nebra, der Rittergüter Nebra mit Bippach und Birkigt und des Rittergutes Jungkoll

Mittwoch, den 8. Juni d. Js.

von nachmittags 8 Uhr ab im Ratsfeller zu Nebra unter dem im Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Vorzahlung verkauft werden.

Die diesjährigen Kirchenveräußerungen

der Rittergüter Wigenburg, Weiskirchenbach, Reinsdorf, Reichelsdorf und des Gutes in Spielberg soll

am Mittwoch, den 8. Juni 1932, vormittags 10½ Uhr

im Gasthof zu Wigenburg im Wege des Meistgebots gegen sofortige Vorzahlung zu dem im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen verkauft werden.

Kriegerverein Nebra

Sonntag, den 5. Juni, von nachm. 2 Uhr ab im Schützenhaus

Mannidieken und Preisidieken

(Stiefelalter). Die Beteiligung an Preisidieken ist jedem Freund des Schießsports gern gestattet.

Abends 8 Uhr: Ball.

Um gültigen Zutritt bittet

Der Vorstand.



Sezinger kostet

nur 1 Pfennig

bei 20 Grad Ralte eine Stunde Feuerung, für 80 cbm Raum zu 18 Grad mollige Wärme, Tag und Nacht, ist heizungs-nischen Urteilen u. Referenzen, von keinem anderen System zu überbieten. Gleichzeit eine Herde für jedes Haus. Kataloge, Zeichnung und Bestellung.

Sezingerwerke

Kaminpfeife u. Co.

Telephon 2099 Reg. 1890

Referenz: Buchdruckerei Wilt. Sauer, Rosslieben

Wanholz-Listen

Kobeldielen • Stabretter
Sofalretter • Dadlatten
Tischlerretter in Kieler u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefern
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Rosslieben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

F. Poppe

Rede-Bestand Werke

Sugelungen bei den Ratsgerichten Nebra und Weisk. — Vereinte Projekte und befruchte alle gerichtlichen Angelegenheiten. Salte im „Wahnen Rot“-Nebra-Sprechtag.

GESCHÄFTS BÜCHER

Drucksachen

aller Art in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigt die Buchdruckerei W. Sauer Rosslieben

Eintritts- und Garderobeblöcke

in allen Farben
Wilhelm Sauer, Rosslieben

J-CRÖNIG-LEHARDT

GESCHÄFTSBÜCHERFABRIK
HANNOVER
und anderer bekannter Firmen liefert
Buchhandlg. W. Sauer
ROSSLIEBEN

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stammeteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Altern.

№ 66

Donnerstag, den 2. Juni 1932.

45. Jahrgang

v. Papen beauftragt

Berlin, 1. Juni.
Der Herr Reichspräsident hat den früheren Zentrumsvorsitzenden v. Papen mit der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration beauftragt.
Herr v. Papen wurde am 29. Oktober 1879 in Wehl in Westfalen geboren und schlug die Offizierslaufbahn ein. Nach dem Krieg nahm er seinen Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Reichstagen Landtag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gehörte. Von Papen ist Aufsichtsratsvorsitzender des Zentrumsvorgangs „Germania“.
Die vorausgesetzliche Ministerliste.
Herr von Papen beschäftigt die einzelnen Ministerien wie folgt zu bezeichnen:
Inneres: Freisler von Gahl.
Außenwes.: Wolfshofer von Neurath.
Reichswehr: General von Schleicher.
Wirtschaft: Professor Warmbold.
Justiz: Joch.
Finanz: Schmidt (Allianz).
Arbeit: Dr. Goerdeler.
Landwirtschaft: von Linand.
Post: Schögel.
Von Papen wird im Laufe des heutigen Tages die Herren empfangen und die Frage an sie richten, ob sie zur Übernahme der Ministerien bereit sind. Inbezug auf das Reichsministerium der Justiz ist das Kabinett werden sämtlich fertig beurteilt. Die Haltung der Nationalsozialisten ist noch unklar, man nimmt aber an, daß sie es bis zur Neuwahl tolerieren werden.

Die Haltung der Parteien

Abschluß der Empfänge beim Reichspräsidenten.
Die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem kommenden Kabinett auf der vom Reichspräsidenten angeforderten Grundlage kann dahin gekennzeichnet werden, daß die Partei an der geplanten Neubildung uninteressiert ist. Das nationalsozialistische Ziel liegt nach wie vor möglichst baldige Neuwahlen im Reich.
Die Nationalsozialisten mühen aber je nach dem, wie die Regierungsbildung ausfällt, das neue Kabinett unter Umständen vorläufig tolerieren.
Die Haltung des Zentrums ist nach dem Ausschließen Brünings, der sich an der Neubildung des Kabinetts auf keinen Fall beteiligen wird, zwar nicht direkt absehbar; es will keine Haltung von der Berlin des Kanzlers abhängig machen.
Die Möglichkeit von baldigen Neuwahlen rückt bei dieser Haltung der Parteien aber stärker in den Vordergrund.
Auch die Deutschnationalen dürften ihre Haltung von der Person des kommenden Kanzlers abhängig machen. Die kleineren rechtsorientierten Mittelparteien, soweit ihre Führer bisher vom Reichspräsidenten empfangen worden sind, dürften der geplanten Neubildung loyal gegenüberstehen.

Die Forderungen der NSDAP.

Am „Bäurischen Beobachter“ erklärt Alfred Rosenberg, der Nationalsozialismus werde sich mit größtem Ernst auf seine große Sendung vorbereiten und ohne Kleinlichkeit die besten Kräfte heranziehen, um sie der deutschen Zukunft dienstbar zu machen. Er werde auch heute, da Brünning gefallen ist, diesen nicht ohne Not demütigen wollen.
Die Lösung aber bestehe heute mehr denn je: Alle Macht Adolf Hitler!
In der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz schreibt Dr. Goebbels: „Eine halbe Übung kommt nicht mehr in Frage. Der Reichspräsident muß auf dem höchsten parlamentarischen Wege zu einer Neubildung des Kabinetts kommen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die nationale Opposition, geführt durch Adolf Hitler, und die nationale Bewegung, die Dinge entscheidend bestimmt. Ein Kabinett des besonderen Vertrauens hätte vorerst keine anderen Aufgaben, als den Reichstag nach heute zu schließen. Neuwahlen auszuschieben, die Organisations-, Agitations- und Demonstrationenfreiheit für die nationalsozialistische Bewegung wieder herzustellen.“
Erst wenn die Notverordnungen, die eine freie Meinungsbildung in Deutschland bisher verhinderten, gefallen sind, wird der Wille des Volkes ungehemmt und eindeutig zum Ausdruck kommen können. Die absolute Mehrheit für Hitler und seine Partei ist unser Ziel.

Der Blickpunkt der Welt

Echo des Regierungswechsels in Deutschland.
Bonn.
Neberinstimmend weisen sämtliche Blätter darauf hin, daß mit einer fast nach rechts gerichteten Regierung in Deutschland für die Zukunft zu rechnen ist, und werfen hierbei die Frage auf, welchen Einfluß der nationalsozialistische Bewegung in der künftigen Regierung eingeräumt werden wird. Die Frage nach der Auflösung des Reichstags wird allgemein gestellt.

Moskau.

Der Sturz des Kabinetts Brünning hat in Moskau großen Eindruck gemacht. Man verfolgt die Entwicklung der innerpolitischen Lage in Deutschland mit großem Interesse. Es wird betont, daß Deutschland nur einer Schicksalswende stehe. Das Kabinett sei von der aufsteigenden nationalsozialistischen Welle gestürzt worden und werde von einem Kabinett abgelöst, das aus nationalsozialistischen Elementen bestehen werde.

Warschau.

Die Warschauer Presse, soweit sie zum Rücktritt des Reichskabinetts schon Stellung nimmt, ist beinahe ausschließlich der Meinung, daß der Rücktritt nicht allein aus innerpolitischen Gründen erfolgt sei, sondern daß in weit höherem Maße außenpolitische Ursachen den Rücktritt des Reichskabinetts veranlaßt hätten. Man neigt daher in der polnischen Presse allgemein der Ansicht zu, daß eine Rechtsregierung in Anmarsch liege, die vor allen Dingen in außenpolitischen Dingen einen radikalen und tatkräftigen Kurs im Sinne der Nationalsozialisten einschlagen dürfte.

Budapest.

Die meisten Blätter bezeichnen den Regierungswechsel in Deutschland als Folge der für die Nationalsozialisten günstigen Parteifaktung. „Pesti Naplo“ stellt die Sache so dar, daß mit Brünning der Fort der bürgerlichen Gesellschaft gelang ist. Ob der Hitlerismus hundertprozentig zur Geltung komme, sei fraglich. Jedenfalls werde er, wenn er auch nur teilweise zur Macht gelange, die Innen- und Außenpolitik wesentlich beeinflussen.

Stockholm.

Der Rücktritt der Regierung Brünning hat in Schweden großes Aufsehen erregt, obwohl man diese Entwicklung erwartet hatte. Sämtliche Stockholmer Zeitungen beschäftigen sich in ausführlichen Telegrammen über Berliner Vertreter und in Zeitartikeln mit der neuen Lage, wobei sie hervorheben, daß zum ersten Male eine Regierungskrise durch mangelnde Uebereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskabinett hervorgerufen ist.

London.

Der Rücktritt Brünings steht im Mittelpunkt der Londoner Presseberichterstattungen. Man glaubt, daß mächtigere Personen als Hitler und mächtigere Kräfte als die Nationalsozialisten am Werke waren, um den Fall Brünings herbeizuführen. Es ist möglich, daß namentlich die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages erhoben wurde. Man könne unter den jetzigen Umständen daher kaum viel von Lausanne erwarten. Man föhne sich des Gedrucks nicht erwehren, daß das Gefühl des Nationalismus, welches jetzt in Deutschland herrscht, unmissverständlich auch in den anderen Teilen Europas verflärt werde.

New York.

Während die „Times“ den Rücktritt Brünings in einem langen Artikel bespricht, der sich gegen Angriffe enthält, vertritt die republikanische Zeitung „Herald Tribune“ die Auffassung, daß die innerpolitische Lage Deutschlands ein Kompromiß zwischen den bisherigen Regierungsparteien und Hitler oder Hugenberg nicht zulasse. Das Blatt glaubt, daß eine Reaktion der Reichsparteien zulaufelkomme, der möglicherweise auch der rechte Flügel des Zentrums angehören werde. Weiterhin macht das Blatt dem Reichspräsidenten zum Vorwurf, daß er den Ratschlägen rechtsstehender Elemente Gehör löhente, und meint, die Entscheidung Hindenburgs entspreche nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Sitzung des Reichstages

Der Aelterlenrat des Reichstages hat beschlossen, dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht zu erteilen, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald die Bildung der neuen Regierung abgeschlossen ist und das neue Kabinett seine Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung beudet.

Sollte sich die Abgabe der Regierungserklärung länger hinausziehen, kann eine neue Einberufung des Aelterlenrats in Aussicht genommen.

Die Wahlen in Oldenburg

Dnat. 15 629 (12 629), Soj. 50 987 (54 878), Soj. Arbeiterp. 1464 (224), Komm. 15 550 (18 935), Nat. B. (Volkspartei) und Wirtschaftsp.) 2908 (15 012), Gesamt. 6213 (8513), Landd. 5987 (5405), Nat.-Soj. 131 525 (87 778), Ztr. 42 114 (46 192).

Absolute Mehrheit der NSDAP

Die Zusammenlegung des neuemgewählten Oldenburger Landtags wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein:

Dnat. 2 (2), Soj. 9 (11), Soj. Arbeiterp. — (—), Komm. 2 (3), Nat. Bg. — (2), Staatsp. 1 (1), Landd. 1 (1), Nat.-Soj. 24 (19), Ztr. 7 (9), zusammen 46 (48) Mandate.
Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlteiler zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Das Verhältnis der Parteien

Die Nationalsozialisten haben gegenüber dem Vorjahr durchweg gewonnen. Die Deutschnationalen haben ebenfalls

ihre Stimmzahl erhöhen können, während die Nationale Vereinigung (Volkspartei und Wirtschaftspartei), wie im voraus angenommen, einen vollen Zusammenbruch erlitten hat. Das Zentrum hat in Oldenburg einige Verluste erlitten. Dieser Vergleich bezieht sich jedoch nur auf die vorjährige Landtagswahl. Anders liegt es beim Vergleich mit den diesjährigen Großwahlen. Bei der Wahl am 13. März 1932 (1. Wahltag der Präsidentschaftswahl) hatten die Deutschnationalen 27 959, die Nationalsozialisten 122 186 Stimmen, 149 585 Stimmen also insgesamt, gegen jetzt 147 154. Die Nationalsozialisten erzielten beim zweiten Wahltag am 10. April 140 721 Stimmen gegen jetzt 131 525.

Sozialistische Bedingungen

für die Mitarbeit in der französischen Regierung.

Paris, 1. Juni.
In einem Vorschlag Leon Blums auf dem französischen Sozialistengreß heißt es, daß es der sozialistischen Partei bei dem Ernst der äußeren und inneren Lage nicht möglich liege, die Angebote einer Mitarbeit an der Regierung, die einer von der radikalsozialistischen Partei gemacht würden, grundsätzlich abzulehnen. Die Zulassenheit in der Regierung mit anderen Parteien mache aber ein Programm notwendig, auf das sie sich gemeinsam verpflichten. Die wichtigsten Punkte des Programms sind:

Starke Abträge in den Militärausgaben, und zwar so schnell, wie es die französischen Vorkläge in Genf gestatten. — Verstaatlichung der Wasserversorgung und des Eisenbahns.

Schnel des Spars und Kontrolle der Banken. Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungen. Am Schluß lautet die Entschlußfassung: „Der Kongreß ist bereit, wenn die radikale Partei den Wunsch zum Ausdruck bringt, Beauftragte zu ernennen, das Programm vorzulegen und dem Kongreß die Antwort zu überbringen. Diese Antwort wird maßgebend sein für die Antwort der sozialistischen Partei auf das Angebot, das sich gemacht wird.“

Deutsche Tageschau

Eine Klage Südens gegen das Reich.
Der sächsische Staat hat jetzt Klage gegen das Reich erhoben, um die Zahlung von 22,3 Millionen RM. Zinsen zu erreichen, die dem freitragenden Sächsen auf die Verbindung aus der Lieberföhrung des Eisenbahnsystems zufließen. Da das Reich die Zinsen nicht zahlen will, hat die sächsische Regierung die Klage eingeleitet. Die Summe ist plan eingeleitet.

colorchecker CLASSIC

3. bedarflose Nieder- militärischer Bauten nach. Niedrigere entionsfahne, die auf die 50 Meter Programm kommen durch, die Flugzeughalte im werden.

Die Goltlofen-Internationale nach Moskau übergeföhrt.
Die Goltlofen-Internationale, die bisher ihren Sitz in Berlin hatte, und die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gezwungen worden war, ihre Büros in Deutschland zu schließen, ist jetzt nach Moskau übergeföhrt. Die Goltlofen-Internationale will jedoch später ihren Sitz entweder nach Prag oder nach London verlegen, falls die Behörden dieser Länder keinen Einspruch dagegen erheben.

Generalstreik in Algerien.
Nach Meldungen aus Gibraltar ist in Algerien infolge Schließung des Büros der Syndikalistischen Generalstreik ausgerufen worden. Der Föhrdienst zwischen Algerien und Gibraltar, sowie der gesamte von Algerien ausgehende Eisenbahnverkehr sind zum Stillstand gekommen. Das Volkteil mit, daß der Inlandspostdienst nicht arbeitet. Es sind Unruhen ausgebrochen.